

(Beginn: 15:39 Uhr - Schluss: 19:15 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße wie immer unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, die sicher gleich noch erscheinen werden. Ganz besonders begrüße ich unsere neue Beigeordnete, Frau Ute Berg, zu ihrer ersten Ratssitzung;

(Beifall)

Sie wird gleich noch das Wort an uns richten. Ich begrüße natürlich auch Sie, die Mitglieder des Rates, sowie Herrn Koch, den wir heute als neues Ratsmitglied verpflichten werden.

Bevor wir mit der Ratssitzung beginnen, bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam mit mir unserer ehemaligen Kollegin Frau Hildburg Holländer zu gedenken, die am 13. Januar verstorben ist.

(Die Anwesenden erheben sich)

Hildburg Holländer gehörte dem Rat seit 1999 an. Während ihrer Ratstätigkeit war sie in mehreren Ausschüssen tätig, zuletzt im Ausschuss Soziales und Senioren, in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und als stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden. Diese Tätigkeit machte ihr wegen des direkten Kontaktes mit den Bürgerinnen und Bürgern besonders viel Freude. Zuvor hat sie mehr als zehn Jahre in der Bezirksvertretung im Stadtbezirk Chorweiler politisch gewirkt.

Hildburg Holländer hat sich als Mitglied des Rates der Stadt Köln mit großem Engagement und Verantwortungsbewusstsein für das Wohl der Kölnerinnen und Kölner eingesetzt. Bis zuletzt hat sie Anteil am Leben der Stadt und den hier lebenden Menschen gezeigt. So hat sie - wir erinnern uns alle - trotz schwerer Krankheit noch an den beiden Ratssitzungen im Dezember teilgenommen. Ihr Wirken wird bei vielen Menschen, aber besonders auch bei uns eine bleibende Erinnerung hinterlassen.

Seit dem Beginn ihrer politischen Tätigkeit in den 70er-Jahren setzte sie sich kontinuierlich für die Belange von Frauen ein. Die Gleichbehandlung

von Männern und Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Erhöhung des Kindergeldes und die Elternzeit hat sie nicht nur zu Schwerpunkten ihres politischen Handelns, sondern auch zu ihrer Herzensangelegenheit gemacht. Für ihr Wirken gebührt ihr besonderer Dank und große Anerkennung.

(Die Anwesenden nehmen nach einem Augenblick der Stille wieder Platz)

Lassen Sie uns jetzt zur heutigen Sitzung kommen.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute Herr Köhler von Fraktion der CDU entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Schultes, Herrn Dr. Strahl und Frau Jahn.

Zu Beginn unserer Sitzung möchte ich Herrn Koch als neues Ratsmitglied einführen. Er rückt für die verstorbene Frau Holländer nach. Herr Koch wurde als Nachfolger gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge am 22. Januar 2011 angenommen. Ich darf Sie, Herrn Koch, bitten, zu mir nach vorn zu kommen, und Sie, liebe Anwesende, sich nochmals von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Jürgen Koch, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herr Koch hat mich gebeten, im Rahmen dieser Verpflichtung zu erwähnen, dass er seine Verpflichtung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Historischen Archivs der Stadt Köln widmet.

Herr Koch, alles Gute und auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Beifall - Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Jetzt kommen wir zur Festlegung der Tagesordnung. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge

finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die FDP-Fraktion hat am 20. Januar fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Konsequenzen für die städtischen Finanzen aus der einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichtshofs in Münster“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln werden.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.2, 10.10, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8, 17.9, 17.10 und 18.3 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.4.

Die Fraktion pro Köln hat ihre Anträge unter den Tagesordnungspunkten 3.1.2, 3.1.6 und 3.1.9 vor der Sitzung zurückgezogen.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 6.3.1, 8.1, 10.6, 10.7 und 10.8 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.5.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.4 und 3.1.14 wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam zu beraten. Darf ich davon ausgehen, dass dies Ihre Zustimmung findet? - Das ist der Fall. Damit ist das festgestellt.

Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich möchte beantragen, den Tagesordnungspunkt 10.4, Chinajahr 2012, heute nicht abschließend zu behandeln, sondern die Vorlage dazu in den AVR/Vergabe/Internationales, den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Es gibt offensichtlich dagegen keine Einwände. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt und in die zuständigen Ausschüsse verschoben.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Stimmen gegen die so festgestellte Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Damit haben wir eine

Entscheidung über die heutige Tagesordnung getroffen.

Bevor wir zur Erörterung der eigentlichen Tagesordnung kommen, möchte ich zunächst Frau Berg Gelegenheit geben, sich Ihnen vorzustellen.

Beigeordnete Ute Berg: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Ratsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich gleich am Tag meines Amtsantritts hier zu Ihnen sprechen darf, und will diese Gelegenheit nutzen, mich noch einmal ganz herzlich für die breite Rückendeckung zu bedanken, die Sie mir bei meiner Wahl im November gewährt haben. Auf Grundlage einer so breiten Unterstützung hier jetzt starten zu können, ist ein sehr gutes Gefühl. Sie können sicher sein, dass ich mich der interessanten Herausforderung hier als Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernentin in Köln engagiert und freudig stellen werde.

Was hat mich dazu bewogen, mich um diese Stelle zu bewerben? Zunächst einmal ist Köln eine faszinierende, eine dynamische, eine kreative und eine aufgeschlossene Stadt. Diese Eigenschaften sind Voraussetzung für ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt, für Innovation und Wachstum. Daran mitzuwirken, dass die Stadt Köln den Weg in Richtung Fortschritt, Innovation und Wachstum weiter beherzt beschreitet, ist eine wunderbare Aufgabe, der ich mich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister, meinen Dezernentenkolleginnen und -kollegen und dem Rat der Stadt Köln widmen werde. Natürlich setze ich dabei auch auf die fachliche Unterstützung aus den Ämtern meines Dezernats. Ich persönlich möchte alles dafür tun, dass eine auf gegenseitiger Wertschätzung beruhende Zusammenarbeit entstehen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ganz kurz auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Entwicklung Kölns eingehen und darstellen, welchen Beitrag ich zu dieser Entwicklung leisten möchte.

Zunächst zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Deutschland hat die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise sehr viel besser verkraftet als vorhersehbar war. Der Arbeitsmarkt zeigte sich 2010 äußerst robust, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass vonseiten des Bundes zum einen

arbeitsmarktunterstützende Maßnahmen ergriffen worden sind - Stichwort: Ausweitung der Kurzarbeiterregelung - und zum anderen staatliche Konjunkturprogramme aufgelegt und umgesetzt worden sind, die den Unternehmen geholfen haben, diese Krise ohne große Arbeitsplatzverluste zu meistern. Keine andere europäische Volkswirtschaft hat dies so hinbekommen.

Auch der Standort Köln hat sich gut entwickelt. Der Industrieumsatz zog nach Einbußen in 2009 wieder deutlich an. Eindeutig erholt zeigten sich insbesondere die Wirtschaftsbereiche, die 2009 überproportional von der schwachen Weltkonjunktur betroffen waren. Neben den exportorientierten Industrieunternehmen waren das vor allem die Warenumschlagsknoten Köln Bonn Airport, die Kölner Häfen und das Güterverkehrszentrum Eifeltor. Es hat in unserer Stadt keine Großinsolvenzen und auch keine massiven Entlassungswellen gegeben. Angesichts der schwierigen Ausgangslage ist das ein sehr großer Erfolg gewesen.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich in Köln robust. Im Hinblick auf die Arbeitslosenzahlen ist der beste Jahresendwert seit fast 20 Jahren zu verzeichnen. Die Zahl der Beschäftigten ist seit dem Frühjahr 2010 wieder deutlich gestiegen. Trotz positiver Wachstumsprognosen dürfen wir natürlich nicht vergessen, dass die Arbeitslosigkeit immer noch sehr hoch ist. Mehr als 49 000 Menschen ohne Arbeit sind wahrlich kein Grund zum Jubel. Deshalb werde ich den bei der Arbeitsmarktförderung eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Als Beispiele seien hier nur das Stadtverschönerungsprogramm und die Kooperation mit der städtischen Beschäftigungsgesellschaft genannt. Auch das kommunale Bündnis für Arbeit werde ich gemeinsam mit dem Vorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister Roters, intensiv als eine Plattform nutzen, in der die Arbeitsmarktakteure sehr offen diskutieren und gemeinsam strategische Entscheidungen und konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen können.

Eine Stadt wie Köln braucht aber einen ganzen Koffer voll mit Instrumenten, um Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu unterstützen. Auch das Startercenter und die Gründerberatung sind erfolgreiche Instrumente zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Sie sprechen andere Personengruppen als die oben genannten Programme und Einrichtungen an. Mithilfe solcher Instrumente kann zudem das Geschäftsgründungsklima verbessert und

dadurch die Arbeitslosigkeit weiter reduziert werden, um hier nur einige Effekte zu benennen.

Ich habe eben darauf hingewiesen, dass viele wirtschaftliche Kennzahlen wieder nach oben tendieren. Das betrifft zum Beispiel auch den Kölner Büroimmobilienmarkt, der seinen leichten Umsatzeinbruch in 2009 überwunden hat. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Beschlussvorschlag zum Verkauf der Grundstücke der MesseCity, über den Sie heute noch abstimmen werden. Wenn Sie dem Vorschlag der Verwaltung heute zustimmen, wird der Verkauf schnellstmöglich vollzogen und das Bebauungsplanverfahren mit Hochdruck fortgeführt.

Parallel dazu wird mit der Deutschen Bahn über den Grundstückserwerb Leichlinger Straße für den Ausbau des Bahnhofs Deutz weiter verhandelt.

(Beifall von Susana dos Santos
Herrmann [SPD])

Ich kann Ihnen versichern, dass ich dieses stadtpolitisch bedeutsame Projekt mit höchster Priorität vorantreiben werde. Ich bin mir sicher, dass hier ein Vorzeigevierviertel allererster Güte entstehen wird.

Ähnliche Bedeutung messe ich der Entwicklung des Clouth-Geländes in Nippes bei. Es war im Übrigen eines meiner ersten Ausflugsorte, als ich zum Vorstellungstermin in Köln war. Beim Gang durch das Gelände, war ich nicht nur von dessen Ausmaßen sehr beeindruckt, sondern auch von der Lage. Ich glaube, dort kann man für die Stadt sehr viel Positives bewirken. Mein Kollege Streitberger und ich werden als Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft gemeinsam darauf hinwirken, dass noch in diesem Jahr die Erschließung, Sanierung und Vermarktung des Areals aufgenommen werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Wir müssen dafür sorgen, dass sich das neue Stadtquartier, das hier entsteht, harmonisch in die Umgebung einfügt und eine gesunde Mischung aus Wohnen und Arbeiten bietet.

Ein wichtiges Thema, das mich in den nächsten Wochen und Monaten intensiv beschäftigen wird, ist auch die Verlagerung des Großmarktes nach Marsdorf. Im Vordergrund stehen hierbei Fragen der Größenordnung und der planungsrechtlichen Ausweisung sowie die zukünftige Betriebsform für das Frischezentrum.

Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen für die Kölner Region sind gut. Die günstige Lage inmitten eines immer enger zusammenwachsenden Europas mit leistungsfähigen Verkehrsanbindungen zu Land, zu Wasser und in der Luft, die gesunde Mischung aus Klein-, Mittel- und Großbetrieben und nicht zuletzt die Vielfalt der Kölner Branchen ! Das alles sind Standortfaktoren, die Köln positiv von vielen anderen Standorten unterscheidet.

Eine Branche, die schon zur Römerzeit die Vorzüge der Lage Kölns erkannt hatte, ist der Handel. Er beeindruckt heute mit 75 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, Tausende selbstständig Beschäftigte kommen noch hinzu. Die Koelnmesse als Markenzeichen für den Handelsstandort hat sich inzwischen zu einem der attraktivsten Messeplätze der Welt entwickelt. Ich freue mich schon darauf, im Initiativkreis „Messestadt Köln“ mitarbeiten und so enge Kontakte zur Koelnmesse knüpfen zu können.

Für die Attraktivität Kölns spielt aber auch die Medien- und Kreativwirtschaft eine zunehmend wichtige Rolle. Mit rund 50 000 Arbeitsplätzen ist sie einer der größten Branchenkomplexe in der Domstadt. Gut 9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Köln arbeiten in diesem Bereich. Köln liegt damit knapp hinter München auf Platz zwei in der Bundesrepublik, wobei die freiberuflich Tätigen in dieser Statistik noch nicht einmal erfasst sind. Gerade an der Schnittstelle zwischen Hightech und Kreativität gedeihen Innovation und Beschäftigung in besonderem Maße. Daher zahlt es sich aus, auch von städtischer Seite Unterstützung in Form von Beratung, Raumangeboten, finanziellen Gründungshilfen etc. zu organisieren. Das hat Köln in der Vergangenheit bereits getan - darüber bin ich informiert -; hier gilt es, Kontinuität zu wahren.

Auch als bekannter und bewährter Veranstaltungsort für Events der Medien- und Kreativwirtschaft von nationaler und internationaler Bedeutung hat sich Köln einen Namen gemacht. Ich bin gespannt auf viele spannende Highlights in diesem Jahr. Sie stehen inzwischen schon alle in meinem Kalender. Als Erstes freue ich mich auf die lit.COLOGNE im März.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn wir wissen, dass der Dienstleistungsbereich in der Stadt Köln mehr als 80 Prozent der Kölner Wirtschaft ausmacht, ist es ungeheuer wichtig, dass die Stadt auch in

Zukunft zu ihrer Industrie steht, nicht nur weil deren Wirtschaftskraft für Arbeitsplätze in diesem Sektor sorgt, sondern auch, weil sich bekanntermaßen ein großer Teil der Dienstleistungen um die industriellen Kerne herum entwickelt. Ich bin daher froh, dass auch die Industrie zu Köln steht und Firmen wie Ford als größter Arbeitgeber in Köln und andere Unternehmen aus Chemie, Pharmazie und Biotechnologie in Köln weiter investieren.

Als Wirtschaftsdezernentin werde ich aber auch schnell den Kontakt zur Wissenschaft suchen. Als drittgrößte Arbeitgeberin in Köln steht sie wie kaum ein anderer Bereich für die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt. Über 40 000 Menschen verdienen ihr Geld an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die geschätzte Wirtschaftskraft liegt bei eineinviertel Milliarden Euro jährlich. Dank der fast 80 000 Studierenden kann Köln als eine der wenigen Städte Deutschlands wachsende Einwohnerzahlen verzeichnen. Und eben nicht nur im Bereich der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger wie viele andere Städte, sondern gerade auch bei den Jungen. Besonders positiv ist, dass 75 Prozent der Absolventinnen und Absolventen nach ihrem Studium in Köln bleiben - verglichen mit anderen Städten ein gigantischer Prozentsatz. Viele gründen hier ihre eigene Firma. Durch 1 700 Neugründungen jährlich werden etwa 5 500 Arbeitsplätze Jahr für Jahr geschaffen.

Zur Attraktivität Kölns beigetragen haben natürlich auch die vielfältigen städtischen Anstrengungen zur Internationalisierung der Wirtschaftskontakte, insbesondere mit Blick auf China, Indien und die Türkei. Die Ansiedlungsbilanz unserer China-Offensive hat mich sehr beeindruckt. Circa 200 chinesische Unternehmen haben sich bereits am Standort Köln angesiedelt. Einer der jüngsten Ansiedlungserfolge ist der größte chinesische Baumaschinenhersteller Sany Heavy Industry, der seine Europazentrale hier in Köln eröffnet hat.

Höhepunkt der städtischen China-Aktivitäten im vergangenen Jahr war der Auftritt auf der EXPO. Hier konnte Köln im Rahmen der NRW-Initiative für den Standort Köln werben und die Stadt in der Welt noch bekannter machen. Ich war damals noch als Kielerin auf der EXPO. Wenn ich damals schon gewusst hätte, dass sich mein Lebensmittelpunkt von Kiel nach Köln verlagern würde, hätte ich natürlich sofort Kontakt zur Kölner Delegation aufgenommen,

Das China-Jahr 2012 steht bevor. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Auch da werde ich mich natürlich intensiv einmischen. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, im Rahmen des NRW-Chinafestes die Städtepartnerschaft Köln-Peking besonders zu begehnen und das Chinafest hier in Köln auszurichten.

Wie ich gehört habe, sind auch bezüglich Indiens enorme Erfolge zu verzeichnen. IT-Firmen wie MindTree, Wipro und andere prominente Unternehmen hat die Stadt gewinnen können. Auch die Kölner Universität hat vielfältige Partnerschaften aufgenommen. Das Deutschland-Jahr in Indien 2011-2012 bietet für uns wiederum eine hervorragende Plattform, den Standort Köln dort offensiv zu präsentieren.

Last but not least die Türkei: Wie wir alle wissen, macht die türkischstämmige Bevölkerung den größten Anteil in unserer Stadt aus. Zwischen Köln und Istanbul besteht eine Städtepartnerschaft. Der rege Austausch zwischen der Türkei und Köln wird weiterhin intensiv betrieben werden.

Es ist wichtig, darauf zu achten, dass der Standort Köln sowohl im Ausland - das hatte ich eben gesagt - als auch in den deutschen und europäischen Städten in aller Munde ist. Deshalb sehe ich es als eine sehr wichtige Aufgabe an, den Markenbildungsprozess, der hier in Köln schon angestoßen worden ist, strukturiert weiterzuführen. Ich möchte die Marke Köln markant und griffig profilieren und vorantreiben. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister unter Beteiligung aller relevanten Kräfte der Stadt werde ich sehr schnell konkrete Vorschläge für das Köln-Image definieren und präsentieren.

Meine Damen und Herren, Köln ist gut aufgestellt. Die Kölner Wirtschaft hat allem Anschein nach die Krise ohne massive Beeinträchtigungen verkraftet. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv. Auch ausländische Unternehmen finden hier die richtigen Rahmenbedingungen. Das alles ist aber nicht - jedenfalls nicht nur - das Ergebnis glücklicher Zufälle oder günstiger konjunktureller Umstände. Vielmehr ist es das Ergebnis der Schaffenskraft tüchtiger Unternehmerinnen und Unternehmer und engagierter Belegschaften. Es ist auch das Ergebnis einer stetigen und konsequenten Wirtschaftsförderung, die sich flexibel an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und globalen Marktgegebenheiten orientiert. Es ist der Erfolg vieler kleinen Schritte und Maßnahmen, die oftmals erst längerfristig oder im Zusammenwirken greifen.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten, dass Köln für Unternehmen interessant bleibt und sogar noch attraktiver wird. Lassen Sie uns dies auch mit einem griffigen Markenimage weltweit kommunizieren. Ich jedenfalls freue mich sehr auf die vielfältigen Aufgaben meines Dezernates und auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen und den wirtschaftsrelevanten Akteuren in dieser Stadt im Interesse der Stadt Köln. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Berg.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Konsequenzen für die städtischen Finanzen aus der einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichtshofs in Münster, durch die der Landesregierung untersagt wurde, für ihren Nachtragshaushalt weitere Kredite zulasten kommender Generationen aufzunehmen"
AN/0174/2011

Es liegen dazu bereits Wortmeldungen von Herrn Breite, Herrn Börschel, Herrn Klipper und Herrn Frank vor. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem föderalen System betreffen die Finanzen eines Landes immer auch dessen Kommunen, weil ihnen vonseiten des Landes Mittel zugewiesen werden. Es ist also eine besondere Abhängigkeit der kommunalen Finanzen von den Landesfinanzen zu konstatieren.

(Martin Börschel [SPD]: Das hätten Sie mal die letzten fünf Jahre bedenken sollen!)

- Das haben wir. - Der Verfassungsgerichtshof unseres Landes ist aktiv gegen rot-grünes Regierungshandeln vorgegangen und hat der Landesregierung das Schuldenmachen vorerst untersagt, ein in der Bundesrepublik einmaliger Vorgang.

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

Nach diesem Urteilsspruch ging es bei der rot-grünen Landesregierung zu wie bei Hempels unterm Sofa. Ganz unerwartet fand der Landesminister für Finanzen noch 1,3 Milliarden Euro im Landeshaushalt. Woher die Gelder stammen, wusste er beim Auffinden noch nicht. Das wurde der erstaunten Öffentlichkeit erst später nachgeliefert.

Die rot-grüne Landesregierung kann sich also den leicht abgewandelten Slogan „Wir können alles. Außer Haushalt“ auf die Fahne schreiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Angesichts der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen kann uns Kommunen nur angst und bange werden. „Alle Wege führen nach Rom“, lautet ein Sprichwort. Aber dieser Spruch ist falsch; manche Wege führen auch in die Irre. Dazu gehört auch der Weg, den Rot-Grün derzeit in der Finanzpolitik eingeschlagen hat. Es ist ein Irrweg, in einer Art von sozialem Populismus heutige Bedürfnisse auf Kosten zukünftiger Generationen zu befriedigen.

Das kann die Kommunen nicht kaltlassen, das kann auch Köln nicht kaltlassen; denn wir sind von den Finanzzuweisungen des Landes abhängig. Was ist, wenn bei einer solchen Schuldenpolitik dem Land zukünftig finanziell die Luft ausgeht? Den Letzten beißen bekanntlich die Hunde. Das wären die Kommunen, das wäre auch Köln.

Schulden zu machen ist kein Selbstzweck. Die Ausgaben für Investitionen, also das Finanzieren in die Zukunft, müssen in einem gesunden Verhältnis zur Schuldenaufnahme stehen. So steht es in der Landesverfassung. Darüber wacht der Landesverfassungsgerichtshof. Der Nettokreditaufnahme von insgesamt 8,5 Milliarden Euro stehen im Nachtragshaushalt 2010 aber nur 3,9 Milliarden Euro für Investitionen gegenüber. 4,5 Milliarden Euro der Nettokreditaufnahme - also mehr als die Hälfte - werden für das Jetzt und Hier ausgegeben. Dies ist ein krasses Missverhältnis.

Selbstverständlich - das will ich nicht verhehlen; so werden sicherlich auch SPD und Grüne argumentieren - profitieren die Kommunen auch von diesem Nachtragshaushalt. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass all diese Mittel nur auf Pump gegeben werden und irgendwann die Rechnung bezahlt werden muss.

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

Der gefährlichste Irrweg aber ist der Ausruf einer präventiven Schuldenpolitik. Sie beinhaltet eine Absage an jegliche Schuldenbremse, unabhängig von den im Haushalt eingestellten Investitionsausgaben. Die höchste Schuldenaufnahme seit Bestehen dieses Landes ist das Resultat. Die Botschaft an die junge Generation: „Wir machen alles besser, damit ihr es in Zukunft besser habt“, war schon in den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts falsch, und sie ist auch im Jahr 2011 falsch.

Die Philosophie von Hannelore Kraft, Schulden aufzunehmen, bis die Schwarte kracht, soll nun auch die Kommunen verführen und in die Irre führen. Dafür soll die Gemeindeordnung geändert werden. Eine Gesetzesänderung, initiiert von SPD und Grünen, ist bereits im Umlauf. Danach soll bei Verfahren zur Haushaltskonsolidierung die Pflicht der Kommunen, innerhalb von vier Jahren wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, ersatzlos gestrichen werden. Auch hier weht der Geist des Nachtragshaushaltes: Sparen war gestern, ausgeben ist heute, bezahlt wird morgen.

(Beifall bei der FDP - Michael Zimmermann [SPD]: Ich finde, wir sollten Neuwahlen machen!))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so kann man weder mit dem Landeshaushalt noch mit den Haushalten der Kommunen umgehen; denn damit wird jegliche zeitliche Pflicht zum Haushaltsausgleich gestrichen. In Bezug auf die Haushaltskonsolidierung ist das eine Bankrotterklärung. Köln ist übrigens einen anderen Weg gegangen.

Das, was SPD und Grüne vorschlagen, stellt keine Hilfe für notleidende Städte dar, sondern ist, als würde man einem Ertrinkenden noch Wasser reichen.

Die Reaktion des Landesverfassungsgerichts war eindeutig. Die präventive Schuldenpolitik à la Kraft und Löhrmann ist gescheitert. Die Konsequenz, die Köln daraus zu ziehen hat, ist: Diesem Irrweg sollten wir nicht folgen. Düsseldorf ist kein Vorbild für Köln. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Breite. - Nächster Redner ist Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war ein wenig erschrocken, Herr Kollege Breite, weil ich einen Moment lang annahm, die morgige Landtagssitzung sei auf heute vorgezogen worden, und ich meine Rede noch nicht fertig habe. Ich möchte Sie an das Thema der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde erinnern, nämlich: „Konsequenzen für die städtischen Finanzen aus der einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichtshofs in Münster, durch die der Landesregierung untersagt wurde, für ihren Nachtragshaushalt weitere Kredite zulasten kommender Generationen aufzunehmen“. - Die Antwort ist leicht: Es gibt keine Konsequenzen. Insofern soll mein Beitrag hiermit beendet sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ein letzter Satz sei mir noch erlaubt: Wenn Sie hier schon die rhetorische Frage in den Raum stellen, frage ich mich, warum Sie, Herr Kollege Breite, eigentlich keine Neuwahlen beantragen. Darüber können wir gerne diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So kurz. - Nächster Redner ist Herr Klipper.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Herr Klipper, Sie bekommen noch die Redezeit von Herrn Börschel! - Heiterkeit)

Karl Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, danke für die Großzügigkeit, aber ich werde sie wohl nicht brauchen. Dafür ist mir das Thema insgesamt zu wichtig.

Ich muss Ihnen sagen: Die Zeit zwischen Mitte Dezember und Mitte Januar habe ich als die Chaostage von Düsseldorf empfunden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Man muss sich das einmal überlegen: Da macht der Landtag von Nordrhein-Westfalen einen Nachtragshaushalt und der Kämmerer dieser Regierung weiß nicht einmal, dass er 1,3 Milliarden Euro mehr eingenommen bzw. weniger ausgegeben hat. Das müsste sich einmal der Kämmerer dieser Stadt erlauben, wenn er vom Finanzausschuss aufgefordert wird,

das Gewerbesteuersoll und die Haushaltsdurchführung offenzulegen. Das müsste er einmal machen! Ich muss sagen: Herr Walter-Borjans, Sie haben Ihre Aufgabe in Düsseldorf bisher vollkommen verfehlt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Noch einmal zu den Chaostagen: Der Nachtragshaushalt von SPD und Grünen wurde beschlossen ungeachtet der Tatsache, dass die Höhe der Darlehensaufnahme verfassungswidrig war. Da können Sie sagen, was Sie wollen. Sie war und sie ist verfassungswidrig.

(Martin Börschel [SPD]: Das war Ihr Haushalt auch, Herr Klipper!)

- Die Quittung werden Sie noch bekommen. Herr Börschel, das wissen Sie genau.

Der Finanzminister, Herr Walter-Borjans, hat sich erlaubt, dem Parlament etwas vorzulegen, was er im Prinzip gar nicht überblickt. Er weiß nämlich weder, wie hoch die Steuereinnahmen sind, noch, wie hoch die Ausgaben sind. In der Addition ergibt das 1,3 Milliarden Euro.

Nachdem das Gericht darum gebeten hatte, den Nachtragshaushalt so lange auszusetzen, bis es sich dazu im Einzelnen eine Meinung gebildet hat, wurde vonseiten der Landesregierung einfach gesagt, daran lässt sich jetzt nichts mehr ändern, weil der Haushalt ja bereits in Kraft sei. Daraufhin erließ der Verfassungsgerichtshof Mitte Januar die einstweilige Anordnung. Meine Damen und Herren, es ist das erste Mal in der Geschichte unseres Landes, dass ein Verfassungsgerichtshof diese Methode zur Anwendung bringt, um eine verfassungswidrige Situation zu bremsen. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen.

Nach dem Erlass dieser einstweiligen Anordnung - ich will Ihnen das nur noch einmal in Erinnerung rufen -, fängt in Düsseldorf ein unheimliches Gewurschtel an. Man will die Inkraftsetzung des Haushalts nun doch verschieben, man will ihn umstrukturieren, man will andere Prioritäten setzen, man will weniger Schulden aufnehmen. Zum ersten Mal kommen SPD und Grünen auf die Idee, in die Landesverfassung vielleicht eine Schuldenbremse aufzunehmen. Zum ersten Mal überhaupt! Bisher haben Sie sich immer geweigert, sie vorzusehen. Sie werden auch gar nicht daran vorbeikommen.

Und dann findet Herr Walter-Borjans, geradeso wie ein Magier ein Kaninchen aus dem Zylinder

zaubert, auf einmal 1,3 Milliarden Euro. Nicht etwa, dass er hätte aufzeigen können, wo er sie gefunden hat. Nein, das wird nachgeliefert. Einen solchen Finanzminister, meine Damen und Herren, können wir in unserem Lande nicht gebrauchen.

Lassen Sie mich jetzt auf die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, eingehen. Sie werden feststellen, dass Sie, wenn Sie die Schuldenpolitik im Landeshaushalt weiter fortsetzen, die Zinsen und die Tilgungen aus dem Verwaltungshaushalt nicht mehr werden zahlen können. Ich will Ihnen lediglich drei Schwerpunkte nennen, die später Auswirkungen auf die Stadt Köln haben können:

Erstens. Ausgehend von unserem jetzigen Schuldenstand würde eine Zinserhöhung um 1 Prozent - wir befinden uns ja gegenwärtig in einem historischen Zinstief - mehr als 1,2 Milliarden Euro ausmachen, und zwar nicht insgesamt, sondern pro Jahr. Eine Zinserhöhung hängt also über unserem Haushalt wie ein Damoklesschwert.

Zweitens. Sie wissen sicherlich - Herr Walter-Borjans hat das auch in einem Vortrag hier in Köln bestätigt -, dass sich die demografische Entwicklung im Hinblick auf die Pensionszahlungen katastrophal auf den Landeshaushalt auswirken wird. Wir müssen künftig von einer immensen Steigerung der Pensionszahlungen ausgehen. Dafür wurden lange Zeit keine Rückstellungen gebildet. Erst die Regierung unter Rüttgers hat damit begonnen.

Drittens. Es gibt noch politische Grundtatbestände, bei denen wir alle einer Meinung sind. Einer ist die Bildung. Bildung wird zum größten Teil vom Land und nicht von der Kommune bezahlt. Was wäre denn die Konsequenz, wenn die Ausgaben dafür im Rahmen der Verfassung blieben? Natürlich, dass die Zuschüsse für vom Land geförderte stadtentwicklungspolitische Maßnahmen gekürzt werden müssen. Das, Frau Kämmerin, wird die Konsequenz sein: In den nächsten Jahren müssen die Zuweisungen, die wir vom Land erhalten, gekürzt werden.

Den Beginn meiner Rede haben Sie mit Heiterkeit begleitet. Ich hoffe, am Schluss haben Sie den Ernst der Lage begriffen. Wir müssen uns in dieser Stadt darauf vorbereiten, dass uns vom Land in den Jahren 2012, 2013 und 2014 nicht die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, die wir uns wünschen. Deshalb müssen

wir jetzt anfangen, zu sparen. Aus diesem Grund fordere ich sowohl den Oberbürgermeister als auch die Frau Kämmerin auf, für den nächsten Haushalt ein strikteres Sparprogramm vorzulegen als beim letzten Haushalt. Ansonsten werden wir den Haushalt insgesamt nicht mehr stemmen können. Über Konsolidierungsmaßnahmen will ich jetzt gar nicht sprechen; denn die werden wir nicht auch noch schaffen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Ihr gebt immer Geld aus! Prinz Karneval!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Klipper. - Nächster Redner ist Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Aktuellen Stunde am 14. Dezember beschäftigen wir uns nun schon zum zweiten Mal in einer Aktuellen Stunde mehr oder weniger mit den Landesfinanzen. Man muss feststellen: Je öfter Aktuelle Stunden zu diesem Thema stattfinden, desto kurioser werden die Reden.

Herr Klipper, am 7. Oktober haben wir hier ein Haushaltskonsolidierungskonzept für etwa zehn Jahre verabschiedet.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Sie!)

Von einer Unterstützung der CDU war da nichts zu spüren.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Aber wenn es ums Geldausgeben geht, ist die CDU immer vorneweg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der Linken.Köln)

Ihre hier vorgetragene Sorge scheint mir daher nicht allzu ernsthaft zu sein. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass das, was in Düsseldorf passiert, nicht genau beobachtet wird.

CDU und FDP hatten nämlich in ihrem Haushalt 2010 - er wurde ja damals noch von Ihnen aufgestellt - bereits eine Neuverschuldung in Höhe von 6,6 Milliarden Euro vorgesehen. Die Neuverschuldung lag also auch im schwarzen Haushalt deutlich über den Investitionen

in Höhe von 3,7 Milliarden Euro. Auch der schwarz-gelbe Haushalt war nur unter der Annahme verfassungsgemäß, wie es so schön heißt, dass eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorlag. CDU und FDP hatten jedoch die Neuverschuldung um etwa 2 Millionen Euro zu niedrig angesetzt, indem sie einige bekannte Risiken bewusst nicht eingerechnet und den Kommunen die Mittel, die ihnen rechtmäßig zustanden, vorenthalten haben. Bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, wie das Gericht urteilen wird. Der Grund für dieses Vorgehen war rein opportunistischer Natur: Wir hatten nämlich zufällig eine Landtagswahl.

(Zuruf von Karl Jürgen Klipper [CDU])

- Natürlich. Sie haben doch auch die Mitteilung im Finanzausschuss über die Änderungsbescheid zum GFG 2010 bekommen, der die Vita zu entnehmen ist, warum wir diese Mittel jetzt erhalten haben, nämlich aufgrund der Klage der Kommunen.

Was hat die jetzige rot-grüne Minderheitsregierung gemacht? Sie hat durch den Nachtragshaushalt die Risiken, die durch CDU und FDP verschleiert wurden, transparent gemacht und sie in den Haushalt eingestellt. Zum einen musste sie das wegen des bekannten Problems WestLB tun. Zum Zweiten musste sie auch die Kommunen bedienen, weil diese sich nun einmal mit ihrer Klage durchgesetzt hatten. Deshalb haben wir 16,5 Millionen Euro zusätzlich an Schlüsselzuweisungen und 1,8 Millionen Euro zusätzlich an Investitionspauschale erhalten. Das alles wurde gestern im Finanzausschuss dargelegt und behandelt. Diese Gelder sind ausgezahlt. Insofern gibt es überhaupt keinen Grund, hier zu lamentieren. Angesagt wäre vielmehr, dass CDU und FDP sich selbstkritisch zurückziehen und überlegen, warum sie eigentlich einen Haushalt mit derartigen Luftbuchungen vorgelegt haben, der aus diesem Grund nachträglich korrigiert werden musste.

Und weil das so ist, hat das Verfassungsgericht auch nicht das Urteil gefällt: Dieser Haushalt ist nicht verfassungsgemäß. Vielmehr hat es eine „weniger weit reichende Anordnung“, wie es dort heißt, vorgenommen, als von den Antragstellern, nämlich die Landes-CDU und die Landes-FDP, beabsichtigt. Zum Schluss des Beschlusses des Gerichts heißt es: „Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.“ Das wurde leider nicht immer in der Presse zitiert, ist aber im Gerichtsbeschluss nachlesbar.

Das Gericht hat ausdrücklich die Forderungen abgelehnt, die beschlossenen zusätzlichen Maßnahmen (mehr Geld für die Kommunen, mehr Geld für Kitas ...) zurückzunehmen bzw. nicht durchzuführen ... Auch der Forderung von CDU und FDP die Bildung von Rücklagen für die WestLB-Risiken ... rückgängig zu machen, folgt das Gericht ausdrücklich nicht.

Der Vollzug des Haushaltes ist wie geplant möglich.

Das Gericht stellt ausdrücklich fest - Zitat -, dass „die Handlungsfähigkeit der Regierung ... gesichert“ ist.

Das heißt also: Viel Bohei um nichts.

Die Frage, ob das Urteil Auswirkungen auf den Vollzug unseres städtischen Haushalts haben wird, ist ja schon von Herrn Börschel klar beantwortet worden. Ihnen liegen außerdem alle Fakten aus dem Finanzausschuss vor. Ich würde also vorschlagen: Befassen Sie sich eher mit den Problemen, die wir hier in Köln haben.

Wenn Ihnen die Politik im Land NRW nicht passt, dann machen Sie doch Folgendes: Bringen Sie als CDU und FDP einen Antrag bzw. eine Resolution hier in den Rat, in der Sie Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen fordern. Sie können sicher sein, dass wir das sofort unterstützen. Das gibt der ganzen Sache in Düsseldorf dann den richtigen Drive. - Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Frank. - Nächster Redner ist Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der geschätzte Kollege Börschel hat soeben dem Rat der Stadt Köln schlicht eine falsche Sachauskunft gegeben. Selbstverständlich hat die Münsteraner Gerichtsentscheidung, diese einstweilige Anordnung, auch Auswirkungen auf den Kölner Haushalt, weil es sich hier um ein systembedingtes Problem handelt, das sowohl auf Bundes- wie auf Landes- wie auf kommunaler Ebene zu beobachten ist: Die jeweils in die Verantwortung gestellten politischen Akteure denken nur von einer

Legislaturperiode zur nächsten. Sie treten ihre Ämter an, sie vergeben Wohltaten, und sie ergreifen Maßnahmen, die sie im Lande populär machen, was die Wahrscheinlichkeit ihrer Wiederwahl erhöht. Da die Ressourcen, die sie dafür benötigen, jedoch nicht erwirtschaftet werden, weil das ökonomische Potenzial nicht tatsächlich vorhanden ist, feuern sie den Schuldenkreislauf an und versuchen, an liquide Mittel heranzukommen, und zwar so umfassend, wie es ihnen rechtlich gerade noch möglich ist. Dabei machen sie sich überhaupt keine Gedanken über die Frage, wann von wem auf welche Art und Weise diese Schulden jemals zurückgezahlt werden sollen.

Bei keiner der etablierten politischen Parteien, weder auf kommunaler noch auf Landes- noch auf Bundesebene, existiert ein Entschuldungsplan. Das bedeutet natürlich nicht, dass es in den Reihen Ihrer Parteien keine Volkswirte säßen, die den Mechanismus kennen, der hier greift, und sich keine Gedanken über die Frage gemacht hätten, ob und wie dieser Mechanismus dauerhaft aufrechterhalten und weiter betrieben werden kann. Die volkswirtschaftlich bewanderten Akteure in Ihren Parteien wissen genau, worauf diese Schuldenmacherei hinausläuft: auf eine vom Staat kontrollierte, für den Bürger schleichende Inflation. Inflation ist der einzige Ausweg aus diesem Teufelskreis. Zum einen nimmt die Inflation denen, die volkswirtschaftlich sinnvoll und produktiv tätig sind, die von ihnen erwirtschafteten Güter peu à peu weg. Zum anderen entwertet sie die Schulden, die die politischen Akteure gemacht haben. Außer einer durch Inflation herbeigeführten Schuldenentwertung haben Sie überhaupt keinen Plan und auch keine Perspektive, aus dieser Lage wieder herauszukommen.

Das trifft sowohl auf die Situation in Köln als auch auf die Situation auf Landesebene zu. Deshalb ist jede einzelne Verwaltungsgerichtsentscheidung, die einem weiteren Schuldenmachen die Grenze aufzeigt, dem einen Riegel vorschiebt, eine vernünftige, richtige und politisch kluge Entscheidung, die natürlich auch unmittelbar Auswirkungen auf die Haushaltsentwicklung der jeweiligen Ebenen hat.

Ich kann mich noch sehr gut an die erste Sitzung des Kölner Finanzausschusses nach der Umstellung auf das kommunale Finanzmanagement erinnern. In der Eröffnungsbilanz haben Sie sich künstlich reich gerechnet. Endlich standen Sie nicht mehr unter Kuratel des Regierungspräsidenten und hatten

wieder die Möglichkeit, Schulden zu machen. Über eine fiktive Ausgleichsrücklage konnten Sie plötzlich Posten in diese Eröffnungsbilanz eintragen, die zwar keinen tatsächlich realisierbaren Geldwert hatten, Ihnen aber die Kreditwürdigkeit zurückgaben, die Sie durch jahrelange Misswirtschaft vorher eingebüßt hatten. In dieser Sitzung haben dann alle Ressorts ihre Begehren angemeldet, und zwar in einer Hektik, die erkennen ließ: Diese Akteure wissen haargenau, dass das Zeitfenster, das für die Schuldenmacherei offen steht und es ihnen ermöglicht, neue Kredite aufzunehmen, insoweit begrenzt ist, bis ein Plan vorsieht, wie diese Schulden wieder zurückbezahlt werden müssen.

Das heißt, der Nothaushalt auf kommunaler Ebene ist über kurz oder lang vorprogrammiert. Ein kluger und vorausschauend denkender Dezernatsleiter sieht in dem Moment, in dem er meint, er bräuchte mehr Personal, zu, dass er in allergrößter Eile innerhalb dieses Zeitfensters seinen Mehrbedarf anmeldet, wohlwissend, dass ein ausgeglichener Haushalt in Zukunft nicht zu erwarten ist, gerade auch in Köln nicht. Das, meine Damen und Herren, ist hochgradig kurzsichtig. Das hat mit nachhaltigem Wirtschaften überhaupt nichts zu tun.

Es ist selbstverständlich pharisäerhaft, dass es gerade die FDP-Fraktion ist, die hier den Finger in die Wunde legt. Denn überall da, wo die FDP an der Regierung beteiligt ist, egal, auf welcher Ebene, ist die Schuldenmacherei genau die gleiche. Der größte Schuldenmacher der Republik war Helmut Kohl in einer schwarz-gelben Koalition.

(Beifall bei pro Köln)

Da war die FDP vorneweg bzw. mitten dabei. Sie haben das richtige Thema auf die Tagesordnung gesetzt, aber Sie haben keinerlei Konzepte aufgezeigt, wie mit diesem Thema umgegangen werden muss. Das, meine Damen und Herren, sollte in dieser erlauchten Runde hier mit aller Deutlichkeit auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei pro Köln - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte, von Beifallsbekundungen auf der Tribüne Abstand zu nehmen. - Nächster Redner ist Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Kollege Sterck ist im Moment nicht im Saal, aber vielleicht kann ich auch Sie, Herr Breite, darauf ansprechen. Ich weiß nicht, ob Sie das Interview in der *FAZ* von heute mit dem Chef von Herrn Sterck - der Parteivorsitzende ist ja sozusagen auch der Chef des Geschäftsführers des Landesverbandes - gelesen haben. Unter dem Titel „Kraft muss umkehren wie einst Schröder“ erklärte Daniel Bahr - ich zitiere -:

Die Linken sind die größte Gefahr für das Land.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kraft und Frau Löhrmann erkaufen sich die Stimmen der Linken und begeben sich damit in die Abhängigkeit dieser Chaoten.

Wenn tatsächlich die Linken die größte Gefahr darstellen, wundere ich mich, warum Sie, Herr Breite, nicht im Landtag eine Art von Anti-Volksfront-Bündnis-Strategie verfolgen. Denn in dem Interview verlangt Herr Bahr von FDP und Grüne geradezu ein solches Anti-Volksfront-Bündnis - ich zitiere -:

Denn alle Spitzenleute des rot-grünen Bündnisses haben den Kurs der Verschuldung immer wieder eingefordert und verteidigt. Sie alle sind dringend zur Selbstkritik aufgefordert.

Wenn man für eine derartige Bündnispolitik Bedingungen stellt, ist man, glaube ich, falsch gestrickt. Solange man von SPD und Grünen einen derartigen Kotau verlangt, wird dieses Bündnis nicht gelingen. Insofern sehe ich dieses Statement relativ wohlgenut und bin ob der Politik auf der Landesebene ganz entspannt.

Zum Thema Landesfinanzen. Man muss doch hier zunächst einmal die Frage stellen: Wer hat denn in den vergangenen Jahren die Kommunen ausgeplündert und in die Armut getrieben? Das waren doch die FDP und die CDU.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Wir von der Linken haben ausgerechnet, dass Köln in den letzten Jahren 160 Millionen Euro weniger Mittel erhalten hat. Da fallen die Mittel, die wir jetzt über den Nachtragshaushalt zurückbekommen, sehr bescheiden aus, nämlich genau genommen 16 Millionen Euro. Das ist nicht wenig, keine Frage, aber gegenüber dem, was Sie geplündert haben, relativ harmlos.

Zum Thema WestLB. Der Risikoschirm ist doch nicht von Rot-Grün gespannt worden, sondern von Ihnen. Wahrscheinlich war es vernünftig, diesen Risikoschirm zu spannen. Die Rücklage von 1,3 Millionen Euro wird ja nicht ausgegeben, sondern vernünftig angelegt.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Bei der WestLB!)

- Ja, natürlich. -

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Bei der WestLB angelegt!)

- Bei der WestLB wird das Geld im Moment noch nicht ausgegeben, wobei die Betonung auf „im Moment“ liegt. Wenn man es denn ausgeben müsste, es aber nicht hätte, würde man natürlich ein Problem haben, Herr Klipper.

Also: Die Rücklage in Höhe von 1,3 Milliarden Euro wird nicht ausgegeben. Angesichts der Entwicklung der WestLB stellt heute das *Handelsblatt* fest, dass im Falle einer Insolvenz 62 Milliarden Euro fällig würden, und zwar vom Land, vom Bund und von den Sparkassen.

Sollte dieser Fall eintreten, hätten wir in Köln ein Problem, und zwar ein Riesenproblem, meine Damen und Herren. Insofern halte ich es für Blödsinn, den Nachtragshaushalt in Sachen WestLB infrage zu stellen. Das ist der größte Blödsinn, den man machen kann. Sie bringen damit Sachen ins Rutschen. Das grenzt schon an Unvernunft. Wir können doch froh sein, wenn der Kelch WestLB an uns vorbeigeht und diese 62 Milliarden Euro nicht fällig werden. Im Falle einer Insolvenz würden nämlich 200 Millionen Euro auf die Stadt Köln zukommen. Das ist die Realität. Mit der blödsinnigen Politik, die Sie im Landtag veranstalten, vergrößern Sie nur das Risiko. Im Übrigen setzt Rot-Grün genau die Politik fort, die Sie bezogen auf die WestLB eingeleitet haben, nämlich einen Risikoschirm zu spannen.

(Zuruf von Karl Jürgen Klipper [CDU])

- Natürlich, Sie hatten sogar einen noch größeren Risikoschirm geplant. - Insofern kann ich Ihrer Politik nicht folgen.

Ich will noch eines sagen: Herr Breite, Sie hatten doch Herrn Walter-Borjans zu Ihrem Neujahrsempfang eingeladen. Davon waren Sie doch alle ganz begeistert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ein Irrtum!)

Damals ging es doch auch schon um den Nachtragshaushalt.

(Henricus von Bentheim [CDU]: Ihr habt doch überall Spione!)

- Also, ich verrate jetzt hier keinen. Nur so viel: Ich habe von FDP-Ratsmitgliedern gehört, das war super und sie würden das immer wieder machen. Daraufhin habe ich zu der FDP-Kollegin gesagt: Na ja, vielleicht könnten Sie ja in 20 Jahren auch einmal die Linke einladen, dann würden wir auch kommen. Ich denke, so lange brauchen Sie noch. - Danke schön.

(Beifall bei der Linke.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Da es, wie ich sehe, keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir diesen Tagesordnungspunkt beenden. Kann ich davon ausgehen, dass Sie mit mir übereinstimmen, dass das Thema als erledigt angesehen werden kann? - Ich sehe keine gegenteiligen Stimmen. Damit ist Tagesordnungspunkt 1.1 beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung dreier Werke "Computer", "Replikator" und "Multiplikator" von A. R. Penck 4972/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Darf ich davon ausgehen, dass Sie alle dem zustimmen? - Ich sehe keine Gegenstimmen und auch keine Enthaltungen. Wir bedanken uns ganz herzlich beim dem Schenker für diese großzügige Gabe an unser Museum.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Resolution „Rettet das Bundesprogramm Soziale Stadt““ AN/0127/2011

Der Antrag liegt Ihnen vor und stößt offensichtlich auf große Zustimmung. Ich sehe keine Wortmeldungen.

Bevor wir darüber abstimmen, will ich noch darauf hinweisen, dass wir hier in Köln mit dem Programm „Soziale Stadt“ sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Viele der gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen durchgeführten Projekte fußen auf dem Programm „Soziale Stadt“. Ich bin froh und dankbar, dass die Kölner Abgeordneten des Landtages und des Bundestages sich hinter diese Resolution stellen und mit dazu beitragen wollen, dass hier eine Korrektur vonseiten des Bundesministeriums vorgenommen wird, damit wir weiterhin darauf zurückgreifen und noch weitere Stadtteile in das Programm „Soziale Stadt“ wie zum Beispiel Lindweiler und Meschenich aufnehmen können.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Die Resolution ist einstimmig angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Beteiligten

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Optimierung des Ratsinformationssystems insbesondere in Bezug auf den Planungs- und Ausführungsstand von Großprojekten in Köln" AN/0109/2011

Herr Hoffmann, wünschen Sie das Wort? - Bitte schön.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Jeder von Ihnen holt sich Informationen, auch für die Ratsarbeit, aus dem Internet. Wie man hier und dort sieht, geschieht das seit Beginn der Sitzung auch in diesem Saal. Das Internet kann uns Politikern die Arbeit erheblich erleichtern. War es vor nicht allzu langer Zeit noch notwendig, Papierberge zu durchforsten, um bestimmte Themen aufzugreifen und zu

bearbeiten, erfährt man heute wesentliche Erleichterungen durch eine gut aufgebaute Homepage mit Suchmaschine.

Ein großer Fortschritt bei Verwaltung und Politik der Stadt Köln war die Einführung des Ratsinformationssystems. Anfragen, Anträge und Mitteilungen können schnell eingestellt und abgerufen werden. Tagesordnungen des Rates können dort jederzeit aktualisiert abgerufen werden. Aber wie gelangt man zu diesem Ratsinformationssystem? Erstens „www.koeln.de“, zweitens „Rathaus“, drittens „Der Oberbürgermeister, Rat, Bezirke, Verwaltung“, viertens „Der Rat der Stadt“, fünftens „Sitzungen des Rates“ und schlussendlich taucht erstmalig der Begriff „Ratsinformationssystem“ auf - etwas spät, wie ich meine.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen: Vonseiten der SPD ist beabsichtigt, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zum Thema „Ausbau des Godorfer Hafens“ mehr Mitsprache durch eine Bürgerbefragung einzuräumen. Deshalb versuchen politisch interessierte Menschen dieser Stadt, aber auch über die Stadtgrenzen hinaus zu diesem Thema Informationen einzuholen. Gibt man in die Suchfunktion „Ausbau Godorfer Hafen“ ein, erhält man folgendes Ergebnis:

- OB Roters für Bürgerbeteiligung zum Godorfer Hafen
- Niederschrift
- Niederschrift
- Rede von Oberbürgermeister Fritz Schramma beim 1. Spatenstich
- Grußwort von Herrn Oberbürgermeister Schramma zur Eröffnung

Das sind die nur ersten von insgesamt 53 Einträge, darunter auch Einträge wie:

- Zukünftige Nutzung des Deutzer Hafens
- Radtour am Rhein - Stadt Köln

Das kann es nicht sein. Das ist keine optimale Lösung, wenn man sich einen generellen Überblick verschaffen möchte, der nicht nur über den aktuellen Planungs- und Durchführungsstand, sondern auch über die finanziellen Auswirkungen Auskunft gibt. Genau das ist aber - das haben wir heute auch schon gehört - enorm wichtig und zukunftsweisend für

diese Stadt. Ebenso ergeht es übrigens demjenigen, der sich über den Stand der Arbeiten am Opernquartier informieren möchte. Die in der Presse häufig erwähnten Gutachten zum Thema Umzug der IBZ der FH sucht man im Internet vergebens. Schauen Sie einmal nach Bonn/Euskirchen: Die zeigen, wie man es macht.

Um noch mehr Transparenz, insbesondere bei allen Großprojekten, zu schaffen, muss die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt die Möglichkeit geben, jederzeit und einfach Auskünfte in Bezug auf Planungs- und Durchführungsschritte sowie die Kostenentwicklung einzuholen. Dies muss in kompakter und zusammenfassender Form erfolgen. Deswegen dieser Antrag.

Gerade in Zeiten knapper Kassen und angesichts des Gebotes, mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger sparsam und sorgsam umzugehen, müssen Politik und Verwaltung ihr Handeln besonders transparent machen, um die Bürger wirklich mitnehmen zu können.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Punkt 3 des Antrags. Unsere Vorschläge können von der Stadtverwaltung zeitnah umgesetzt werden; sie wird das schaffen müssen. Angesichts dessen, was in der nächsten Zeit hier auf der Agenda steht, ist es erforderlich, das bestehende Ratsinformationssystem so zu optimieren, dass es § 23 der Gemeindeordnung, der eine Unterrichtung der Einwohner vorschreibt, wirklich gerecht wird. Darum bitte ich Sie um Unterstützung unseres Antrags. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte beantragen, dass wir diesen Antrag in den zuständigen Ausschuss, nämlich den AVR, verweisen, der sich ja mit den Fragen des städtischen Internetauftritts und dem Ratsinformationssystem schon seit geraumer Zeit auseinandersetzt. Ich glaube, das ist der richtige Ort, um den Fragen, die Herr Hoffmann hier aufgeworfen hat, nachzugehen.

